

# UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

## BEBAUUNGSPLAN „STADTWERKE EISENHUTSTRASSE“ M. 1:500

GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG  
VOM 24.5.1978 NR. 1020/78  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN  
TÜBINGEN, DEN 24.5.1978



TÜBINGEN, DEN 10. AUG. 1977  
BÜRGERMEISTERAMT

I.V.

Stadtbaudirektor  
(BÜRGERMEISTER)

STADTPLANUNGSAMT

STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT

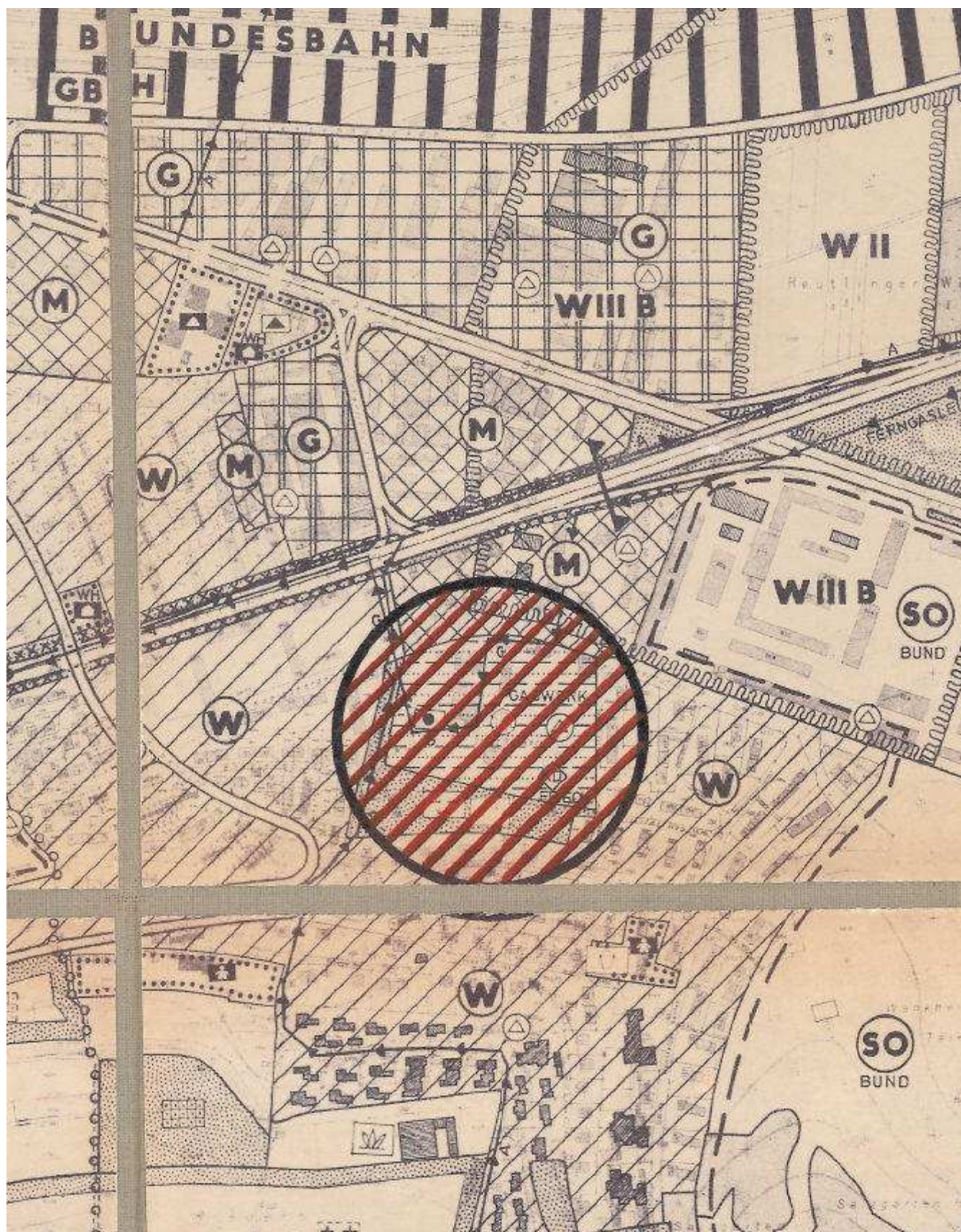
Stadtoberbauamt  
STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

350





**ÜBERSICHTSPLAN M. 1:5000  
AUSZUG AUS DEM FNP ENTWURF**



# TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

## 1. Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 und §§ 1-23 der Verordnung über bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 26.11.1968.

### 1.1 Versorgungsfläche

§ 9 Abs. 1 Ziff. 12 BBauG

Die im Plan festgesetzte Versorgungsfläche dient der Aufnahme der Stadtwerke mit Technik und Verwaltung.

Es sind nur nicht wesentlich störende Anlagen zulässig. Ausnahmsweise können Anlagen, für die eine besondere Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlich ist, zugelassen werden, wenn die Emissionen durch technische Maßnahmen entsprechend reduziert werden.

### 1.2 Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch Grundflächenzahl, Baumassenzahl und Gebäudehöhe festgelegt (siehe Planeintrag).



### 1.3 Bauweise

§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG

Als besondere Bauweise "b" wird festgesetzt:  
offen, jedoch Gebäudelängen bis zu 90 m zulässig.

### 1.4 Stellplätze und Garagen

§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG

Stellplätze und Garagen sind außer auf der überbaubaren Grundstücksfläche nur auf den dafür ausgewiesenen Flächen zulässig.

### 1.5 Pflanzgebot und Pflanzeerhaltung

§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG

Zur optischen Einbindung der Stadtwerke in die umgebende Bebauung und zur Abschirmung (Staub, Sicht, Geruch) sowie zur Abgrenzung und Aktivierung der öffentlichen Grünfläche werden Flächen für das Anpflanzen und die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern festgesetzt.

## 2. Nachrichtlicher Hinweis

§ 9 Abs. 6 BBauG

Es wird darauf hingewiesen, daß eingeringfügiger Bereich der Versorgungsfläche innerhalb der Zone 3 des militärischen Schutzbereiches der Verteidigungsanlage Tübingen-Schindhau liegt.



# VERFAHRENSVERMERKE:

## 1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde  
am 2. MAI 1977 gemäß  
§ 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) in  
der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221)  
vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tü-  
bingen am 10. AUG. 1977  
beschlossen und am  
öffentlich bekanntgemacht.

## 2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung erfolgte gem. § 2a  
Abs. 1 BBauG am 25. MAI 1977  
bzw. in der Zeit vom 26. MAI 1977  
bis 10. JUNI 1977

## 3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:

Der Gemeinderat hat am 5. SEPT. 1977  
den Bebauungsplan als Entwurf und dessen  
öffentliche Auslegung beschlossen.

## 4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG:

Der Bebauungsplanentwurf mit Begrün-  
dung hat vom 7. OKT. 1977  
bis 8. NOV. 1977 in Tübingen  
öffentlich ausgelegen.

## 5. SATZUNGSBESCHLUSS:

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universi-  
tätsstadt Tübingen am 19. DEZ. 1977  
als Satzung beschlossen.

## 6. GENEHMIGUNG:

Der Bebauungsplan wurde durch Erlaß  
des Reg. Präs. Tübingen gemäß § 11  
BBauG am 24. MAI 1978  
mit Erlaß Nr. 13-43/3005.2-1020/78  
genehmigt.

## 7. INKRAFTTRETEN:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes  
wurde am 1. JULI 1978  
gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekannt  
gemacht. Mit dieser Bekanntmachung

wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

## **Tübinger Höhen**

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.